

neugeborenen Kindes aufgefunden worden. Sie war in einem Karton verpackt. Die Untersuchung ist im Gange.

Biskowitz. (Von einer Kreuzotter gebissen.) Auf dem Rückwege von der Schule in Nebelschütz gingen Kinder am Sonnabend in der zeitigen Mittagsstunde durch den Wald ihren gewöhnlichen Schulweg. Nichtsahnend trat die Schülerin Bötsche, allerdings barfuß, auf eine Kreuzotter, die sich am Begrabe im Grase sonnte. Sofort sprang das Reptil auf, wickelte sich um das Bein des Kindes und biß es scharf in die Wade, daß sie blutete. Nach kurzer Zeit schwoll das Bein mächtig an. Der telefonisch verständigte Arzt verordnete sofortige Ueberführung der Gebissenen in das Kamener Krankenhaus, wo sie operiert werden mußte, um am Leben zu bleiben. — Heuer tritt unsere einzige Giftschlange äußerst zahlreich auf, darum ist um so mehr Vorsicht geboten. Wenn auch der Biß durch rechtzeitiges ärztliches Eingreifen nicht tödlich wirkt, so sind aber Fälle bekannt, daß er in der Folgezeit noch andere Krankheitserscheinungen hervorgerufen hat. Erst unlängst stieß eine Schulklasse auf ihrer Wanderung zum Großen Deutschbaseliger Teich in der Nähe der freigegebenen Badestelle auf drei ausgewachsene Kreuzottern. Eine biß sich beim Erschlagen derartig fest in den Stock, daß das Gift sichtbar aus den Zähnen trat. Ohne Schuhwerk sollte man in der heißen Jahreszeit nicht die Wälder betreten.

Göda. (Zwei Unglücksfälle) durch den starken Autoverkehr wurden hier am Sonnabend beobachtet. Ein Motorradfahrer, der in der 19. Stunde von Dresden kam, mußte durch lebhaften Verkehr an dem unteren Gasthofe anhalten und wurde von einem Personenauto, aus derselben Richtung kommend, angefahren und zur Seite geschleudert. Zum Glück kam er mit dem Schrecken davon. Einem zweiten Unfall, der wesentlich schlimmer ausgefallen ist, liegt folgender Tatbestand zugrunde: Gegen 22 Uhr hielt ein mit Blumen geschmücktes Auto einer Reußstädter Blumenfabrik mit nur weiblichen Insassen, die einen Ausflug unternommen hatten und sich wieder auf dem Heimweg befanden, am „Landgericht“, wo die Mädchen an die zahlreich versammelte Jugend ihre Blumen verteilten. Ein von Bauken kommendes Personenauto erfaßte den zweiten Reutcher des Herrn Pech, der sich in demselben Moment eine Rose an seinem Rocke befestigte, und warf ihn auf das Straßenpflaster. Das Auto konnte infolge seiner Geschwindigkeit erst 50 Meter entfernt von der Unfallstelle anhalten. Hilfsbereite Personen hoben den Verunglückten auf und brachten ihn zu Bett. Der rechte Fuß scheint stark beschädigt zu sein. Die ärztliche Hilfe leistete Herr Dr. Metzke.

(Eine Tragödie in der Dresdner Heide.) In der Mittagsstunde des Sonnabend hörten Spaziergänger in der äußeren Heide das Wimmern eines Kindes. Nachforschungen ergaben, daß es sich um ein kleines, kräftig entwickeltes, gesundes Mädchen handelte, dessen Mutter offenbar ganz kurz davor von der Niederkunft überrascht worden ist. Der neue Erdenbürger wurde alsbald nach dem Stadt Krankenhaus in Radeberg gebracht. Von der Kindesmutter fehlte zunächst jeder Anhalt. Bald klärte sich auch dies auf. Unweit von Vangebrück, aber noch zum Stadtbereich Radeberg gehörig, fand man auf den Bahngleisen der Strecke Dresden—Bauken den verstümmelten Leichnam eines jungen Mädchens auf. Es handelt sich um eine am 27. Januar 1908 geborene Kontoristin Judenseind aus Radeberg, die einzige Tochter rechtschaffener Eltern, die erst auf so ungewöhnliche Weise einem Kinde das Leben geschenkt und dann das ihrige auf so entsetzliche Art freiwillig beendete. Ein an die Eltern hinterlassener Brief gab näheren Aufschluß, weshalb die junge Kontoristin, die bei einer Radeberger Firma in Stellung gewesen und dort zur besten Zufriedenheit Arbeiten erledigte, den Verzweiflungsschritt getan hatte. Wie hierzu weiter verlautet, soll der Kindesvater wegen begangener Unregelmäßigkeiten festgenommen worden sein, was von der Kontoristin nicht zu überwinden war.

Dresden. (Zur Regierungsbildung.) Der Interfraktionelle Ausschuß setzte am Dienstag seine Besprechung über die Regierungsbildung fort. Eine Uebereinstimmung der Parteien konnte noch nicht herbeigeführt werden, da die erforderlichen Klärungen noch nicht in allen Fraktionen hatten erfolgen können. Die Verhandlungen werden am Donnerstag vor der Plenarsitzung fortgesetzt. Auf der Tagesordnung der Donnerstagssitzung des Landtages steht erneut die Wahl des Ministerpräsidenten. Kommt diese Wahl zustande, so wird die ebenfalls vorgesehene Etatbesprechung abgesetzt werden, da hernach erst eine allgemeine politische Aussprache folgen würde. Damit verzögern sich allerdings die Etatberatungen in den Haushaltsausschüssen, und es erscheint dann unwahrscheinlich, ob der Haushaltsplan überhaupt noch bis zu Beginn der großen Ferien wird verabschiedet werden können.

Band Schandau. (Beim Baden ertrunken.) Der 26jährige Schiffsheizer Grohmann aus Sebnitz, der mit seiner Braut eine Wanderung in die Sächsischen Schweiz unternommen hatte, ist beim Baden in Schmilla ertrunken. Die Untersuchung ergab, daß dem jungen Manne beim Baden unwohl geworden ist und beim Erbrechen Speisereste in die Luftröhre geraten waren. Er wurde in ein tiefes Drehloch gezogen und wenige Minuten darauf geborgen, doch kam jede Hilfe zu spät.

Niesitz. (Eine Neuerung im Feuerlöschwesen.) Eine wesentliche Neuerung im Feuerlöschwesen brachte der Feuerwehrbezirk Niesitz durch die Prüfung der im Bezirk ausgebildeten Feuerwehrleute zum Abschluß. (Die Feuerwehrleute sollen bei Bränden die elektrische Gefahr beseitigen.) Im sächsischen Feuerlöschwesen ist dieser Kursus der erste seiner Art. Die bei ihm gewonnenen Erkenntnisse sollen in allen Betriebsbezirken des Elektrizitätsverbandes Gröda durch weitere Kurse verbreitet werden.

Chemnitz. (Warnung vor einem Unterfüßungs betrüger.) Als Unterfüßungsbetrüger aufgetreten ist innerhalb der letzten Wochen in Chemnitz und Umgegend ein angeblicher Mechaniker Joseph Klima,

sicher Verantwortung für Aufbringung und Transferierung der Jahreszahlungen die Rede. Auf der anderen Seite bestimmte der Plan jedoch, daß die Zahlungen in Reichsmark auf das Konto der Reparationsbank erfolgen sollten. Wie könnte man jedoch eine Verantwortung übernehmen für Beträge, die man schon auf das Konto eines anderen eingezahlt habe.

Der Young-Plan gehe davon aus, daß ein Transfer-Moratorium nur bei vorübergehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten nötig sei. Hier scheine eine wesentliche Fehlbeurteilung der Tributfrage vorzuliegen. Die Hauptschwierigkeit für Deutschland bestehe darin, daß es nur mit im Ausland geborgtem Geld zahlen könne. Diese Anhäufung von Schwierigkeiten erweide in keiner Weise den Eindruck, daß es sich nur um vorübergehende Schwierigkeiten handle, die durch einen kurzen Aufschub beseitigt werden könnten. Die Transfererschwierigkeiten würden bedingt durch die Handelspolitik der Forderungsländer.

Nach einem Telegramm aus New York hat Owen Young die Roosevelt-Medaille zur Belohnung für seine Arbeit in Paris erhalten.

Silferding über die Kassenlage des Reichs.

Der Fehlschlag der Reichsanleihe. — Für Senkung der gesamten Steuerlasten.

Obwohl auf der Tagesordnung der 89. Sitzung des Reichstages vom Dienstag die sehr wichtigen Verhandlungen über den Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung standen, war das Haus fast leer, als Vizepräsident Esser die Sitzung eröffnete. Das Wort nahm sofort der Reichsfinanzminister Dr. Silferding. Er kam auf seine Etatsaufstellung zu sprechen, die er ohne Rücksicht auf die Pariser Verhandlungen vorgenommen habe.

Dann wies der Minister darauf hin, daß eine weitere Veränderung durch das Dspreschprogramm eingetreten sei und daß auch noch einige andere Ausgaben, so im Haushalt für die Reichsschuld durch Erhöhung der Verzinsung der verstärkten Kredite, die infolge der Gewährung einer Lohnerhöhung an die Reichsarbeiter erforderlich waren, hinzugekommen wären. Diese Mehrausgaben von zusammen zwanzig Millionen würden bei der dritten Lesung noch ihre Berücksichtigung finden müssen.

Der Minister ging auf die Kassenlage ein. Er wies auf die Ausgaben des außerordentlichen Etats hin, auf die Anforderungen der Arbeitslosenversicherung und auf die steuerfreie Reichsanleihe, mit der man eine Erleichterung der Kassenlage erreichen wollte. Der Finanzminister führte den Fehlschlag der Reichsanleihe in die angespannte Lage des internationalen Geldmarktes zurück und auf die Auswirkungen auf den deutschen und auch auf den amerikanischen Geldmarkt.

Die Anleihe bilde eine fühlbare Erleichterung für den nächsten Ultimotermin.

Die Aussprache in der öffentlichen Meinung, die nur zum kleinen Teile auf richtiger Auffassung beruhe, war geeignet, nicht nur den Kredit des Reiches, sondern auch der gesamten deutschen Wirtschaft zu schädigen. Trotzdem bleibe

die Sanierung der Kassenlage

die erste Voraussetzung für jede künftige Finanzpolitik. Es müsse Vorsorge getroffen werden, daß eine Wiederholung der Vorkommnisse vermieden würde. Der Betriebsmittelfonds sei seinerzeit aufgelöst und sein Betrag in den Etat eingestellt worden. Man sei von der Erwägung ausgegangen, daß in Deutschland in kurzer Zeit wieder eine normale Geldmarktlage vorhanden sein würde. „In dieser Erwartung hat man sich getäuscht!“

Für unser Finanzprogramm spiele die Reparationsfrage eine große Rolle. Das Jahr 1929 habe mit einem rechnungsmäßigen Defizit von 150 Millionen abgeschlossen, das nach dem Etatgesetz im Jahre 1931 zur Deckung kommen müsse. Das Finanzministerium müsse mit aller Energie darauf sehen, daß die Ressorts die

notwendige Vorzicht in den Ausgaben

üben. — Dann trat der Minister für eine Senkung der gesamten Steuerlast ein, wies auf die Notlage der Landwirtschaft hin und meinte, daß für eine Entlastung eine allgemeine Ordnung der Finanzverhältnisse des Reiches erste Voraussetzung sei.

Der Minister kam zum Schluß auf jene Probleme, die sich an die Intraffsetzung des Young-Planes knüpfen. Alle Fragen würden gelöst werden müssen nach den Geboten der sozialen Gerechtigkeit und im Sinne einer höheren Produktivität unserer Gesamtwirtschaft.

Als Vizepräsident Esser daraufhin die Redezeit auf eine Stunde festsetzte, gestellte Dr. Quack (dnat.) dieses Vorgehen der Mehrheitsparteien. Niemals sei ein Etat so spät verabschiedet worden. Niemals sei er in seinen Hauptmomenten so völlig unklar, die Aufklärung durch den Minister sei überaus dürftig. Das Etatjahr schließe am 1. April. Heute, Mitte Juni, müßten wir doch nicht, welche Einnahmeziffern der Minister in den Etat einzuführen beabsichtige. Die Regierungsparteien hätten durch Mehrheitsbeschluß festgelegt, die Einnahmen erst festzusetzen, wenn die Höhe des Defizits zu übersehen sei. Dieser „angeblich ausgeglichene Etat“ sei ein völliges Fiasko.

Die Überschätzung der laufenden Einnahmen

gäbe ein ganz falsches Bild. Die deutsche Wirtschaft sei doch nicht in einer aufsteigenden Entwicklung. Er sei der Auffassung, es sei

am 23. März 1893 in Junsbrud geboren. Unter dem Vorgeben, daß er von dem Bundesvorstand des Arbeiterrad- und Kraftfahrerbundes an sie verwiesen worden sei, hat er bei Gruppenführern genannten Bundes um Unterstützung nachgesucht und solche auch erhalten. In Wirklichkeit war er von dem Vorstand bereits unterstützt worden. Es ist anzunehmen, daß Klima, der im Besitze eines Mitgliedsbuches des gleichen Bundes der Schweiz sein soll, dieses Betrugsmanöver in anderen Orten bereits verübt hat oder noch ausführen wird. Der Betrüger ist 1,65 Meter groß, schlank, hat vollschwarzes Haar und trägt auf dem Jackettrevers auffällig viele Abzeichen.

Weißbach. (Der Tode.) Auf der Staatsstraße Schneeberg—Zwidaun an der Wegkreuzung Weißbach—Burlersdorf ist ein Kraftfahrer mit einem Personenkraftwagen zusammengestoßen. Als der Kraftfahrer vor der Wegkreuzung das Auto überholen wollte, dieses aber in Richtung Burlersdorf abbog, prallte der Kraftfahrer mit einer berartigen Wucht an das Auto,

gefährlich und bedenklich, dem Auslande vorzutauschen, daß wir mit einer normalen Steuerbelastung in der Lage wären, einen ausgeglichener Etat in Reich, Ländern und Kommunen herzustellen.

Zum Minister gewandt, äußerte er sich weiter: „Die Gerüchte, die über Ihre Operationen schwirren, werden immer bedrohlicher. Wir hören, daß Sie sogar über eine Dollaranleihe verhandeln wollen. Ich hoffe, daß Sie das entschieden dementieren können.“ Tendenz und das Ziel des Ministers sei, daß er nach außen hin den Etat noch gerade so hinbalancieren wolle, ohne daß er erklären müsse — vermeiden wir das häßliche Wort Bankrott —, daß

der Etat notleidend

geworden sei. „Aber weswegen?“ so fragte Dr. Quack den Minister weiter, „haben Sie diese Tendenz, den Etat zu balancieren. Wir bekommen ja den Milliardensegen aus Paris.“ Zu dem Optimismus des Ministers liege aber keine Veranlassung vor.

Das deutsche Volk, das die Lasten aufzubringen habe, müsse schweigen, bis der letzte Diplomat den letzten Zinnschritt unter jenes Dokument setze, das uns, unsere Kinder und Kindeskinde auf 70 Jahre in Schuldschuld bringe.

Nach dem neuen Plan sollten wir in fremder Währung zahlen. Es sei keine Rede mehr davon, daß wir die Summen aus den Ueberflüssen unserer Wirtschaft begleichen müßten. Wir hätten keine Ueberflüsse! Wir hätten Schulden gemacht, um den Dawesplan bezahlen zu können.

Der Redner schlug erregt mit den Armen auf den Tisch und rief aus: „Wie hoch soll die Not des deutschen Volkes noch steigen, bis die Reichstagsmehrheit endlich einmal sagt: Bis hierher und nicht weiter! Die Sachverständigen haben ihre Unterschrift nach unserer Auffassung nicht unbeeinflusst geleistet.“

Abg. Keil (Soz.) erklärte, es sei den Deutschnationalen nicht gelungen, eine finanzielle Mißwirtschaft der Regierung festzustellen. Er behauptete, daß das Defizit unter früheren Regierungen entstanden sei.

Die Abstimmungen zum Wehr- und Marineetat.

Von den Deutschnationalen war inzwischen ein Mißtrauensantrag gegen den Reichsfinanzminister eingegangen. Die Beratungen wurden abgebrochen, um nunmehr zunächst die Abstimmungen über den Etat des Reichswehrministeriums vorzunehmen. Der Heeresetat wurde in der Ausschussfassung genehmigt. Die Entschlieung, die sich für die Beibehaltung der kleinen Grenzgarisone einsetzt, wurde angenommen. Die kommunistische Entschlieung, die den Angehörigen der Wehrmacht das Wahlrecht gewähren will, wurde in namentlicher Abstimmung mit 226 gegen 153 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Im weiteren Verlauf der Abstimmungen wurde auch der kommunistische Antrag auf Streichung der Panzerkreuzerrate erledigt. Für den Streichungsantrag traten ein 153 Abgeordnete, dagegen wandten sich 224. Die sozialdemokratischen Minister traten für den Panzerkreuzerbau ein. Der Marineetat wurde in der Ausschussfassung angenommen. Nach der Panzerkreuzerrate kam eine Abstimmung über den Antrag der Kommunisten, die Schlusrate für den Kreuzer „Rön“ zu streichen. Gegen diesen kommunistischen Antrag wandten sich auch die Sozialdemokraten.

Damit sind die Abstimmungen zum Etat des Reichswehrministeriums erledigt, und das Haus setzt die Aussprache zum Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung fort.

Abg. Brüning (Zentr.) erklärt es für wünschenswert, dem deutschen Volke

die ganze Tragweite der Pariser Belastungen

für zwei Generationen klarzumachen.

Der Redner kritisiert den Bau eines preussischen Polizeipräsidiums in Düsseldorf auf Kosten des Reichs, während das Düsseldorfer Finanzamt vom Reich nicht gebaut werden könne.

Abg. Ende (Komm.) charakterisiert gerade den Haushalt der Finanzverwaltung als Klassenetat. Die Proletarier müßten alles aufbringen.

Dr. Kulenkampff (D. Sp.) nannte die Steuern und Soziallasten unerträglich. Als besondere Belastung habe die deutsche Wirtschaft die Feindtribune zu zahlen. Je mehr wir an Tributlasten zu zahlen hätten, desto mehr müßte die Lebenshaltung des deutschen Volkes sinken.

Die bestehenden Lasten seien abzubauen.

Die Sparsamkeit müsse von der Regierung ausgehen. Letzter habe die verworrene Finanzwirtschaft ein Defizit geschaffen. Wie müßten im Innern wieder zur Ordnung kommen.

Abg. Leicht (Bayer. Sp.) wandte sich gegen den Optimismus des Finanzministers. Abg. Mollath (Wirtschp.) betonte, daß besonders Sachsin unter den schädlichen Folgen der jüngsten Reichsanleihe in Gestalt einer Erhöhung des Zinsfußes gelitten habe. Abg. Feder (Soz.) betonte, daß die Gesamtsumme der Reparationen in Paris noch erhöht worden sei. Abg. von Sybel (Christnat. Bauernp.) wies mit Recht darauf hin, daß die Grundlage der nationalen Wirtschaft, die Landwirtschaft, durch den blindwütigen Haß der Linken gegen jeden Agrarzollschuß zerstört worden sei. Abg. Dr. Best (Bolschewik-Partei) führte den Mißerfolg der Anleihe auf das Mißtrauen zurück, das die verkehrte Aufwertungs-politik von 1924 überall gegen das Reich erregt habe. Abg. Gerns (Dnat.) verlangte im Hinblick auf die Notlage der Landwirtschaft sofortige Maßnahmen im Sinne der Forderungen der vier landwirtschaftlichen Verbände.

Die Abstimmungen wurden auf Mittwoch verlagert.

daß er über die Straße hinweg auf ein Feld geschleudert wurde. Er erlitt dabei einen schweren Schädelbruch und wurde sofort in das Krankenhaus Kirchberg übergeführt. Der Verunglückte ist der in Wielau wohnhafte Schuhmacher Erich Preis. Der Mitfahrer A. Röter war sofort tot. Der Kraftwagenführer war ein Wagenbesitzer aus Kirchberg.

Zwidaun. (Zusammenstoß zweier Automobile.) Ein Kraftwagen der Linie Leipzig—Zwidaun stieß etwa 30 Meter nach der Eisenbahnbrücke in Oberrottenbach mit einem starkbeladenen Dreiräder der Bomag zusammen. Außer einer leichten Stirnverletzung einer älteren Dame sind alle Insassen mit dem Schrecken davon gekommen. Dagegen wurden die beiden Wagen schwer beschädigt.

Berufsberatung

Am 13. Juni 1929 fand unter Leitung des Arbeitsamtsvorsitzenden Bergel eine Besprechung über die Durchführung der Berufs-